Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal — **Amtliches Verordnungsblatt**

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie" 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Petit, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die Reklamezeile (Petit, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 16. Steinheim, Donnerstag, den 10. Februar 1921. 26. Jahrgang.

Der Arbeiter der Welt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Arbeiter der Welt einen Aufruf gerichtet, in welchem er gegen die Versklavung Deutschlands protestiert. Die bisherigen Erfahrungen gestatten nur wenig Hoffnung, daß im Auslande das Solidaritätsgefühl der Arbeiter sich so äußert, daß die uns auferlegten Bedingungen gemildert werden. Etwas anderes ist es, wenn die Arbeiter im Auslande erkennen, daß die Bestimmungen des Pariser Schlußprotokolls vom 29. Januar ihnen selbst schweren Schaden bringen. Die Warenlieferungen nämlich, zu denen Deutschland 42 Jahre lang verpflichtet werden soll, werden die Verbandländer mit deutschen Waren überschwemmen und die Produktion in den betreffenden Verbandländern lahmlegen. Aber auch die Arbeiter in den früher neutralen Staaten werden durch die Pariser Abmachungen geschädigt. Deutschland soll bekanntlich 42 Jahre lang 12 Prozent vom Werte seiner gesamten Ausfuhr bezahlen. Damit wird die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt tief herabgedrückt. Dies muß sich besonders in den Ländern störend bemerkbar machen, welche auf deutsche Erzeugnisse angewiesen sind. Die Verbraucher in den skandinavischen Ländern z. B. haben ein Interesse daran, daß Deutschland als Lieferant bestehen bleibt. — Eine weitere Gefahr liegt darin, daß Deutschland gewisse Zahlungen zu bestimmten Terminen leisten muß, um einer „Bestrafung" zu entgehen. Die Zahlungsmittel hierfür kann sich Deutschland nur durch Warenlieferungen an das Ausland beschaffen. Wenn nun in der Welt Warenüberfluß herrscht, so wird Deutschland trotzdem versuchen, seine Produkte abzusetzen. Dies wird nur durch starke Unterbietung der einheimischen Warenpreise geschehen können. Hierdurch würde wieder die Produktion der betreffenden Länder gelähmt werden. — Es ist leider nicht zu erwarten, daß sich die Stimmen der nicht unmittelbar an den deutschen Zahlungen interessierten Völker eher erhebt, als bis sie die Folgen des Pariser Abkommens am eigenen Leibe erfahren haben. Es ist aber jedenfalls begrüßenswert, da ßsich die deutschen Arbeiter schon jetzt an ihre Berufsgenossen in der ganzen Welt wenden, um sie auf die kommenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Das Programm für London.

Formelle Einladung an die deutsche Regierung.

Nach einer Reutermeldung werden die Alliierten eine förmliche Einladung an die deutsche Regierung ergehen lassen, in der sie die deutsche Regierung ersuchen, Vertreter nach London zu der Konferenz zu entsenden, auf der die Reparationsfrage behandelt werden soll. Der Zeitpunkt für die Konferenz ist nunmehr auf den 1. März festgesetzt.

Das Pariser „Journal des Debats" gibt eine Auffassung aus amtlichen Kreisen wieder, wonach die Londoner Konferenz ohne Rücksicht auf die deutschen Proteste und auf die Bewegung in Deutschland am 1. März abgehalten werden wird, und zwar deshalb, weil die Orientfrage auf ihrem Programm stehe, und weil gewisse Modalitäten zur Ausführung des in Paris angenommenen Entschädigungsplanes in Gegenwart der Deutschen geprüft werden sollen. Sollten die Deutschen der Konferenz fernbleiben, so würde diese die in Paris grundsätzlich beschlossenen Strafmaßnahmen ins Auge zu fassen haben.

Die deutsche Regierung scheine übrigens geneigt, in der Entwaffnungsfrage nachzugeben, um dann in der Entschädigungsfrage um so mehr Widerstand leisten zu können. Sie werde aber, versichert das Blatt, in dem einen wie in dem anderen Falle der gleichen Entschlossenheit bei den Alliierten begegnen.

*

Die mündliche Einladung nach London ist der deutschen Regierung bekanntlich bereits durch den französischen Botschafter übermittelt worden. Außenminister Simons hat sich damals mit Rücksicht auf die bevorstehende Ministerkonferenz in Berlin die Antwort vorbehalten. Nachdem sich bei dieser Besprechung eine „grundsätzliche Uebereinstimmung" sämtlicher Konferenzteilnehmer ergeben hat, kann nunmehr kein Zweifel darüber bestehen, daß die Reichsregierung sich darüber schlüssig geworden ist, ob sie der Aufforderung der Alliierten Folge leisten wird oder die Beteiligung an der Londoner Konferenz wegen der ungeheuerlichen Forderungen der Entente von vornherein als aussichtslos ablehnen soll.

Nach der letzten Erklärung des Ministers Simons im Reichstag ist eine Ablehnung der Einladung nach London kaum zu erwarten. Zwar hat die deutsche Regierung es klar und deutlich abgelehnt, auf der Grundlage der Pariser Vorschläge mit den Alliierten zu verhandeln, doch wird sie andererseits auf das ihr vertraglich verbürgte Recht der Entente, bis zum 1. Mai Gegenvorschläge zu unterbreiten, kaum verzichten wollen. Wenn auch die Verhandlungen in London angesichts der überspannten Ententeforderungen wenig Erfolg versprechen vermögen, so darf das kein Grund sein, die Möglichkeiten des Verhandelns von der Hand zu weisen, zumal unsererseits positive Gegenvorschläge gemacht werden. Auch die ständig wiederkehrenden Drohungen der Ententepresse dürfen uns nicht davor abschrecken, von unserem verbrieften Recht Gebrauch zu machen. Finden unsere Wünsche keine Berücksichtigung und dringen die Alliierten auf Annahme des Pariser Diktates, dann kann die deutsche Regierung nach Ausnutzung sämtlicher Verhandlungsmöglichkeiten mit gutem Gewissen die schwere Verantwortung für die Ablehnung der unannehmbaren und unerfüllbaren Pariser Beschlüsse auf sich nehmen.

Ueber die Art der deutschen Vorschläge lassen sich natürlich heute noch keine genauen Angaben machen. Wir erinnern nur an die bekannten fünf Voraussetzungen (Oberschlesien, Rückgabe der Handelsflotte usw.), von denen unsere wirtschaftliche und wesentliche Leistungsfähigkeit im wesentlichen bedingt ist. Ferner sei darauf hingewiesen, daß die deutschen Gegenvorschläge sich selbstverständlich in dem Rahmen des Versailler Friedensvertrages halten müssen, denn durch unsere Unterschrift haben wir uns zur Innehaltung der Vertragsbestimmungen verpflichtet. Auch haben wir immer wieder unsere Bereitwilligkeit hervorgehoben, den Vertrag ehrlich zu erfüllen, so weit es im Bereiche der Möglichkeit liegt. Unsere bisherigen Leistungen sind der beste Beweis für unseren guten Willen.

Aber — und hiermit hat die deutsche Regierung die Ablehnung der Pariser Beschlüsse als Verhandlungsgrundlage vor allem begründet — die neuen Forderungen gehen in verschiedenen Punkten weit über unsere vertraglich übernommenen Verpflichtungen hinaus. Wir können demnach einerseits das Ententediktat insoweit ablehnen, wie es die Grenzen von Versailles überschreitet, auf der anderen Seite müssen unsere Gegenvorschläge sich innerhalb dieser Grenzen bewegen und geeignet sein, auch die Alliierten auf diesen Verhandlungsboden zurückzuführen.

*

Die Antwort auf die Londoner Einladung.

Das Reichskabinett hat am Montag die auf die Einladung zur Londoner Konferenz zu erteilende Antwort beraten. Das Auswärtige Amt hat darauf entsprechend den vom Reichskabinett aufgestellten Richtlinien die Antwort ausgearbeitet und den Ententebotschaftern übermittelt. Man nimmt an, daß der Wortlaut der Antwort erst veröffentlicht werden wird, wenn diese in Paris erteilt worden ist. Inzwischen werden die Vorarbeiten für die von der Reichsregierung angekündigten Gegenvorschläge gegenüber den von der Pariser Konferenz aufgestellten Entwaffnungs- und Entschädigungsforderungen fortgeführt, die naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen werden.

Entwaffnungskrise in München.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Bayern.

In der amtlichen Mitteilung der Reichsregierung über die Berliner Konferenz war von einem grundsätzlichen Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts zu den Pariser Beschlüssen die Rede. Inzwischen stellt sich heraus, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett infolge der bayerischen Haltung in der Entwaffnungsfrage zu keiner Einigung geführt hat.

Das Votum des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr war entsprechend seinem Antrag durch den Beschluß des bayerischen Ministerrats und der Regierungsparteien vorher festgelegt. Infolgedessen hat die bayerische Regierung als einzige unter allen den Standpunkt vertreten, daß die Entwaffnungs- und die Wiedergutmachungsnote der Entente als Ganzes zu betrachten und zu behandeln sei, und daß daher die Ablehnung sich ebenso auf die Entwaffnung wie auf die ungeheuren Forderungen der Wiedergutmachung erstrecken müsse.

Dagegen stand und steht die Reichsregierung und mit ihr die Einzelregierungen auf dem Standpunkt, daß die Wiedergutmachungsforderungen als unerfüllbar abgelehnt werden müssen, daß jedoch die Entwaffnung, entsprechend den von uns eingegangenen Verpflichtungen, loyal durchgeführt werden müsse.

Neuer Ministerrat in München.

Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, hat der bayerische Ministerpräsident auf Dienstag eine neue Ministerkonferenz berufen, in der er über den Verlauf der Berliner Verhandlungen berichten und das Gesamtministerium zu neuerlicher Beschlußfassung veranlassen wird.

Bei ruhiger und kühler Ueberlegung wird man sich in Bayern den triftigen Gründen der Reichsregierung nicht verschließen können. Im Juli v. Js. hat sich die deutsche Regierung in Spa verpflichtet, unverzüglich die Entwaffnung der Einwohnerwehren vorzunehmen. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in Bayern haben sich die Alliierten auf die Vorstellungen der deutschen Regierung hin schließlich in der letzten Note zu einer Verlängerung der Entwaffnungsfrist bis zum 30. Juni ds. Js. bereit erklärt. Im Reichstag hat die Bayerische Volkspartei sich daraufhin der Erklärung der Regierungsparteien angeschlossen, daß Deutschland in der Entwaffnungsfrage die übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen werde. Hierzu gehört auch die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen innerhalb der angegebenen Frist. Wenn die bayerische Regierung sich nun auf den Standpunkt stellt, daß die Entwaffnungsforderungen ebenso unerfüllbar sind als das Reparationsverlangen, und daher gemeinsam abgelehnt werden muß, so durchkreuzt sie die Politik der Reichsregierung, die zum Beweis ihres guten Willens den vertraglich festgelegten Forderungen der Entente in der Entwaffnungsfrage Rechnung tragen will.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Herabsetzung des deutschen Schadenersatzes.

Während des Weltkrieges haben die europäischen Ententestaaten die finanzielle Unterstützung des amerikanischen Geldgebers in weitestgehendem Maße in Anspruch genommen. Die Schuldnerstaaten empfinden die Kriegsschulden jetzt natürlich sehr drückend und möchten am liebsten die ganze Schuld „annullieren". Wie der Schatzkanzler Chamberlain in Birmingham mitteilte, hat die englische Regierung bereits eingehende Vorschläge über die Annullierung ihrer Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten ausgearbeitet. Auf diese Nachricht hin hat Amerika sofort den Alliierten den Kredit gesperrt. Das Schatzamt ist angewiesen worden, den alliierten Mächten keine weiteren Vorschüsse auf ihren noch offenen Kredit zu gewähren, bis Hardings Regierung über die Frage der fremden Anleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe.

Indessen versuchen die Amerikaner eine annehmbare Lösung der Schuldenfrage zu finden. Große Beachtung findet zurzeit eine Entschließung des Senators Franceys, in der die Frage der Abzahlung der Alliiertenschulden an Amerika mit der Entschädigungsfrage in Verbindung gebracht wird. Der Vorschlag des Senators enthält folgende Punkte:

1. **Herabsetzung des deutschen Schadenersatzes auf 15 Milliarden oder 28 Annuitäten von je einer Milliarde Dollar.** In diesen Zahlen sind die Zinsleistungen enthalten.
2. **Deutschland wird ein Kredit von 5 Milliarden Dollar in Gold für die deutsch-ostafrikanischen Kolonien und die deutschen Telegraphenkabel eingeräumt, die von der Entente während des Krieges mit Beschlag belegt worden sind.**
3. **Die Vereinigten Staaten werden zum Ankauf der früheren deutschen Kolonien und Kabel bevorrechtigt** und zwar zum Gesamtbetrag von 5 Milliarden Dollar. Dieser Betrag wird von der Rechnung der Schulden der Alliierten an Amerika abgeschrieben.

Der vorstehende Vorschlag ist offenbar auf das Bestreben der amerikanischen Geschäftskreise zurückzuführen, die Vernichtung Deutschlands zu verhindern. Die Reparationsleistungen sollen ihm selbstverständlich nicht erspart bleiben, aber der Vorschlag sieht im Gegensatz zu den wahnwitzigen Milliardenforderungen der Pariser Konferenz nur einen Schadensersatz in der Höhe von 15 Milliarden Dollar bezw. 60 Milliarden Goldmark einschließlich der Zinsleistungen vor. Außerdem soll Deutschlands Leistungsfähigkeit durch Gewährung eines Milliardenkredits gehoben werden.

Vorerst dürfte Amerika mit diesem Vorschlag bei seinen „Verbündeten" wenig Gegenliebe finden. England denkt nicht daran, seine Beute wieder aus der Hand zu geben und die französische Regierung hat dem französischen Volke zu große Hoffnungen auf die deutschen Milliarden vorgegaukelt, als daß sie nun mit einem Male ihr „Entschädigungsprogramm" völlig umwerfen könnte.

Freilich werden die Alliierten ihre Forderungen schon in London einer gründlichen Revision unterziehen müssen, wenn Deutschland sich zu ihrer Erfüllung bereit erklären soll. Wenn aber der Wahnsinn auf die Spitze getrieben werden soll, wird Amerika niemals einer Versklavung des deutschen Volkes zustimmen. Denn ein Ruin Deutschlands wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Handels. Schon aus Gründen der Selbsterhaltung heraus werden also die Vereinigten Staaten sich der Durchführung der Pariser Beschlüsse widersetzen müssen.

Gerichtssaal.

‡ **228 000 Mark Geldstrafe wegen Steuerbetrugs.** Das Finanzamt in Salzwedel erkannte gegen einen Kaufmann M. in Cumrau wegen wissentlich unrichtiger Angabe in seiner Steuererklärung auf eine Geldstrafe von 228 000 Mark sowie auf Einziehung der verschwiegenen Vermögensteile.

‡ **Ein Nachspiel zum Kapp-Putsch.** Vor dem Schwurgericht in Stade begann der auf vier Tage berechnete Prozeß gegen den Kupferschmied Johannes Bremer und den Fischhändler Otto Noack aus Harburg, denen zur Last gelegt wird, sich mit an der Ermordung des Hauptmanns Berthold während der Unruhen am 15. März beteiligt zu haben. Der Mitangeklagte Rudolf Bartmann, dem weiter vorgeworfen wird, dem Hauptmann Berthold die Kompagniekasse im Betrage von 90 000 Mark geraubt zu haben, ist flüchtig. Es ist gegen ihn Haftbefehl erlassen worden. Zur Verhandlung sind etwa 100 Zeugen geladen.

Die Welt und Deutschlands Versklavung.

In der Welt beginnt man einzusehen, daß die von den Verbandmächten vorgeschlagene Lösung der Wiederherstellungsfrage kein alleiniges Interesse der unmittelbar Beteiligten darstellt. Aus Amerika dringen Stimmen herüber, welche gegen die Ausschaltung Deutschlands vom Weltmarkte protestieren. Die im Pariser Protokoll vorgesehene 12prozentige Ausfuhrabgabe, sowie die Kontrolle etwaiger deutscher Auslandsanleihen durch Verbandsvertreter schlägt den amerikanischen Interessen ins Gesicht. Amerika durchlebt eine schwere Wirtschaftskrise, die durch reiche Ernten und Unverkäuflichkeit großer Rohstoffvorräte hervorgerufen worden ist. Für diesen Segen reicht nämlich die Aufnahmefähigkeit der valutastarken Länder nicht aus und Amerika ist darauf angewiesen, die unterversorgten Länder Mittel- und Osteuropas als Abnehmer zu gewinnen. Durch die hohen Tribute, welche Deutschland auferlegt werden, wird die deutsche Zahlungsfähigkeit in einem Umfange in Anspruch genommen, welche jede anderweitige Betätigung auf dem Weltmarkt so gut wie völlig ausschließt. Aehnliches klingt aus skandinavischen Presseäußerungen und wird auch in anderen früher neutralen Ländern zutage treten, soweit ihnen nicht die wirtschaftliche Abhängigkeit von England und Frankreich den Mund verschließt. Es ist unverständlich, wie man in Paris damit rechnen kann, daß Amerika die deutsche Schuld finanziert, wo doch alle Wirtschaftskräfte Deutschlands, die zur Sicherung eines amerikanisch-deutschen Kreditabkommens dienen könnten, von unseren Wiederherstellungsgläubigern auf Jahrzehnte hinaus mit Beschlag belegt sind. Die lebhafte Erörterung der Strafmaßnahmen in der Pariser Presse zeigt, daß man mit dem Eintritt dieser Maßnahmen ziemlich bestimmt rechnet. Deutschland kann nicht erwarten, daß irgendein Volk der Welt irgendeine Gruppe von Völkern oder gar der Völkerbund für die Wahrung von Gerechtigkeit und Menschlichkeit Deutschland gegenüber eintreten wird. Aber es ist durchaus wahrscheinlich, daß sich die nicht unmittelbar an der sogenannten Wiederherstellung interessierten Länder nicht ohne weiteres dem Willen der Engländer und Franzosen unterwerfen werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß wir selbst in dieser Lage Würde und Festigkeit bewahren.

Die „Bojowka Polska".

Die polnischen Mordbanden.

Das deutsche Plebiszitkommissariat in Beuthen (O.-S.) setzt eine Million Mark aus gegen die gefürchtete polnische Kampforganisation, die „Bojowka Polska", die im Abstimmungsgebiet terroristische Aufgaben hat. Gleichzeitig veröffentlicht das deutsche Plebiszitkommissariat aufsehenerregende Mitteilungen aus einwandfreier Quelle über das Treiben der terroristischen polnischen Kampforganisation. In den Enthüllungen über diese Organisation heißt es u. a.:

Diese mit polnischen Abstimmungsgeldern unterhaltene Mordbande besteht aus 20 bis 30 Abteilungen. Jede Abteilung besteht aus fünf bis sieben Mann. Alle Abteilungen unterstehen dem Befehl des Kapitäns Grzebniak in Milowice bei Sosnowice und erhalten von diesem die Soldgelder. Zwei Abteilungen liegen in der Traugottkaserne in Sosnowice, eine befindet sich in Praszka, die anderen treiben sich in Oberschlesien mit wechselndem Standort herum. Die Bojowka Polska hat folgende Aufgaben:

1. Oberschlesier, die sich unbequem gemacht haben, zu ermorden.
2. Wichtige Urkunden zu rauben oder zu vernichten.
3. Versammlungen deutschgesinnter Oberschlesier zu sprengen.
4. Die Bevölkerung durch Handgranaten und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen, damit man glaube, daß niemand gegen die Macht der Polen aufkommen könne.

Die Mitglieder der Bojowka sind reichlich mit Pistolen, Handgranaten, Dynamitpäckchen usw. ausgerüstet. Manchmal steckt sich dieses Gesindel in die Uniform der Abstimmungspolizei. Nach der Tat werden sie von der polnischen Propaganda-Organisation verborgen gehalten und über die Grenze geschafft. Alles dies ist durch einwandfreie Ermittelungen festgestellt.

Das deutsche Plebiszit setzt zur Bekämpfung jener Bestien eine Stiftung von einer Million deutscher Reichsmark aus, deren Gesamtbetrag auf folgende Weise verteilt werden soll: 1. Zur Belohnung für kluges und entschlossenes Handeln gegenüber Anschlägen der „Bojowka Polska"; 2. zur Belohnung für die Aufdeckung bekannter oder ausgeführter Schandtaten dieses Gesindels. Deutsche und polnische Mitbürger werden aufgefordert, sobald Tatsachen bekannt werden, die zur Verhütung oder Entlarvung von Verbrechen führen könnten, der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten.

*

Verhaftung deutscher Polizeibeamten.

Wie die „Schlesische Zeitung" nach Meldungen Kattowitzer Blätter berichtet, wurden am Freitag abend zwei Beamte der politischen Abteilung der Kattowitzer Polizeidirektion, der Polizeirat Hoerstka und der Kriminalwachtmeister Klein, auf Veranlassung der Interalliierten Kommission unter der Beschuldigung verhaftet, Spionage betrieben zu haben. Es seien bereits Schritte unternommen worden, um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken.

Zur Haferumlage.

Scharfe Maßnahmen gegen ablieferungssäumige Landwirte.

Zur Frage der Haferumlage wird halbamtlich mitgeteilt:

Bei der Durchführung der kürzlich ausgeschriebenen Haferumlage haben sich Schwierigkeiten ergeben, indem in einzelnen Gegenden Bedenken gegen die Höhe der dem einzelnen zur Lieferung auferlegten Menge erhoben worden sind und allgemein darauf hingewiesen wird, daß die Landwirte damit gerechnet hätten, den von ihnen angebauten Hafer in ihren Betrieben unbeschränkt verfüttern zu dürfen. Den Schwierigkeiten soll dadurch Rechnung getragen werden, daß einem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages entsprechend den Landwirten, die 50 Prozent ihres Lieferungssolls erfüllt haben, für die weitere Lieferung Mais oder Maiskleie zu einem dem Hafer entsprechenden Preise zur Verfügung gestellt werden.

In Verbindung mit diesen Maßnahmen ist dieser Tage eine Verordnung ergangen, die im Anschluß an die bereits vor längerer Zeit ergangenen Richtlinien vorsieht, daß Landwirte, die ihrer Lieferungspflicht nicht nachkommen, **das Dreifache des Haferpreises an die öffentliche Hand zu zahlen** haben; bei nachweislichem Unverschulden kann die höhere Verwaltungsbehörde die Zahlung nachlassen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 9. Februar 1921.

— Die preußische Regierung hat in Aussicht genommen, den neugewählten Landtag am 10. März zusammentreten zu lassen.

— Die Wahlen zur preußischen Landwirtschaftskammer sind auf den 20. März verschoben worden.

— Der Inspekteur der preußischen Schutzpolizei, von Priesdorff, hat unter dem 5. Februar durch den Minister des Innern Severing seine Entlassung erhalten.

— Der Oberpräsident hat den Hamburger Lehrer Paulsen (Soz.) als Oberstadtschulrat von Berlin bestätigt.

*

:: **Belgien verzichtet auf wirtschaftliche Repressalien.** Die belgische Regierung hat durch ihren Gesandten in Berlin eine Note übermittelt, in der sie der deutschen Regierung mitteilt, daß sie nicht beabsichtige, von dem ihr auf Grund des Friedensvertrages zustehenden Recht, das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen, für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen absichtlich verstoßen würde. Dieser Verzicht bezieht sich auf deutsches Eigentum in Belgien, in seinen Kolonien oder dem von ihm verwalteten Gebiet einschließlich, insbesondere der Bankguthaben, ebenso wie auf Schiffe und Fahrzeuge in belgischen Gewässern. Das gilt ebenso für Waren an Bord belgischer Schiffe und Fahrzeuge oder von nach Belgien zum Verkauf gesandten Waren. — Der belgische Verzicht geht in verschiedener Hinsicht weiter als der früher von England ausgesprochene. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Schritt dem vor dem Kriege geltenden Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums wieder zum Recht verhilft.

Reisefreuden auf den russischen Eisenbahnen.

In der lettischen Zeitung „Latw. Sargs" (Lettlands Wacht) hat ein kürzlich aus Sowjetrußland zurückgekehrter Lette einen interessanten Bericht über Sowjetrußland veröffentlicht, der außerordentlich charakteristisch für die im vorigen Jahre auf den russischen Eisenbahnen herrschenden Zustände ist.

Der Berichterstatter wohnte außerhalb Moskaus in einer Entfernung von 26 Werst von der Stadt. In geschäftlichen Angelegenheiten mußte er wöchentlich zweimal in die Stadt fahren. Fahrplanmäßig sollten auf der Strecke drei Züge täglich verkehren, deren Abfahrt und Ankunftszeit mit dem Fahrplan niemals auch nur annähernd übereinstimmte. Eines Abends wollte der Lette wieder wie gewöhnlich nach Hause fahren und den fahrplanmäßig um 7 Uhr abends aus Moskau abfahrenden Zug benutzen. Schon um 6 Uhr war er auf dem Bahnhof. Um auf den Bahnsteig zu gelangen, benutzte er eine Lücke im Zaun, die von den Eisenbahnern zu dem Zwecke angelegt war, um das auf dem Bahnhof mit der Bahn eintreffende Brennholz bequemer stehlen zu können. Der am Sonnabend auf den Bahnhöfen herrschende Andrang macht einen anderen Weg zum Bahnsteig unmöglich. Es gelang ihm, einen Platz in einem Waggon zu finden und nun begann das Warten. 7 Uhr ... Der Zug bewegt sich nicht. Um 8 Uhr kommt eine Lokomotive und die Hoffnung auf eine baldige Abfahrt belebt sich. Erneutes Warten. Schließlich stellt es sich heraus, daß die Lokomotive wieder abgekuppelt worden ist, da es an Brennholz fehlt und sie zuerst fahren muß, um Holz abzuholen. Wieder vergehen Stunden. Einzelne der Reisenden, die in der Stadt ihre Wohnungen haben, verlassen den Zug, um sich nach Hause zu begeben. Es erweist sich, daß auf dem Bahnhofe nicht genügend Holz für eine einzige Lokomotive aufzutreiben ist. Der Stationsvorsteher telephoniert zum Nicolaibahnhof, wo ihm drei Waggons Holz versprochen werden, aber dafür fehlt es dort an der Lokomotive und die für den fahrbereiten Zug bestimmte Lokomotive muß zu mNicolaibahnhof fahren, um das Holz zu holen. Und wieder hebt das Warten an. Endlich kommt die mit Holz beladene Lokomotive zurück, aber

---

Spitzen.

Roman von **Paul Lindau.**

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

Nun war die junge Frau dauernd an ihn gefesselt, und nun fühlte er, daß er ein alter Mann geworden war, viel älter, als sein Geburtsschein es auswies. Er hatte gemeint, daß er an dem sonnigen Frühling den sie in sein Haus bringen würde, erwarmen werde; und nun fühlte er erst recht, wie winterlich durchkältet sein Herz und seine Seele waren. Er mochte sich bemühen, so sehr er wollte, er konnte keine Fühlung mit ihr finden. Sie störte ihn nur in seinen fest verhärteten Gewohnheiten; er hatte auf einmal Rücksichten zu nehmen, von denen er nichts mehr wußte; es machte ihn unwirsch, wenn er sie lachen hörte, denn er selbst lachte nie und hatte jetzt weniger Lust dazu, denn je zuvor. Er mußte sprechen, wenn er schweigen, ausgehen, wenn er daheim bleiben, warten, wenn er gehen wollte. Die Frau war ihm überall im Wege! Er war durch seine Vermählung keine Ehemann, er war nur ein verheirateter Junggeselle geworden.

Instinktiv hatte Juliane wohl das richtige getroffen, als sie, um der unerquicklichen Nachwirkung des heftigen Auftritts mit ihm auszuweichen, ihrer Wege gegangen war und in der Gesellschaft mit einer anderen jungen Frau den unliebsamen Vorfall, so gut es eben gehen mochte, zu vergessen gesucht hatte. Kein Wort des Vorwurfs kam daher über seine Lippen. Er wollte ihr zu verstehen geben, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sie die Vergnügungen, nach denen sie verlangte und auf die sie ihre berechtigten Ansprüche behauptete, aufsuche; nur möge sie nicht von ihm verlangen, daß er diese Vergnügungen teile. Er wollte ihr die weitestgehenden Freiheiten willig einräumen, diese sollten eben erst da ihre Grenzen finden, wo sie nach unseren Begriffen von Sitte und Ehre sich selbst verbieten. Dadurch hoffte er, die Schuld, die er begangen hatte, und die nicht wieder gut zu machen war, wenigstens nach Möglichkeit zu vermindern.

Juliane fühlte sehr bald, daß sie freigegeben war, und suchte nun ihrerseits ihr Leben daraufhin einzurichten. Aber es kostete sie doch harte Kämpfe, sich darein zu ergeben. Es beleidigte ihren Stolz, daß diese Ehe nichts anderes war als eine grobe Unwahrheit, die lediglich aus Rücksicht auf die Welt aufrechterhalten wurde. In Wahrheit war es keine Ehe, es war nur das erzwungene Beisammensein eines alten Junggesellen und einer lebensfrohen Witwe.

Die Welt sieht viel, und sie errät noch mehr, als sie sieht. Obwohl Graf Albrecht und Juliane unabhängig von einander ernstlich darauf bedacht waren die Wahrheit ihres gegenseitigen Verhältnisses zu verbergen, und für das, was auffällig hätte erscheinen können, eine einleuchtende Erklärung zu geben, war es in ihren Kreisen doch allbekannt, daß diese Ehe nicht so war, wie sie sein sollte. Kein Mensch wunderte sich darüber, man hatte es ja kommen sehen! Und es versteht sich, daß die Welt der Jugend und Schönheit recht gab.

Man fand es ganz natürlich, daß die junge entzückende Gräfin ein bißchen kokett war, und sich den Hof machen ließ von jungen Leuten, die der Frau viel herzhafter und vermessener gegenübertraten, als sie es vor zwei, drei Wintern dem jungen Mädchen gegenüber gewagt hatten. Sie war bisweilen zu zwanglos. Aber, du lieber Himmel, sie war ja so jung, und ihr Mann war so alt!

Und gerade der Umstand, daß sie ihre Gunstbezeugungen gleichmäßig verteilte, daß sie dem jungen Staatsanwalt von Dünenhorn gerade so anmutig zulächelte wie dem jungen Fürsten Ulrich von Engernheim, und dem Legationsrat von Berwitz gerade so schelmisch ins Auge sah wie dem schlanken Dragoner Grafen von Pagger — gerade das feite sie vor jeder boshaften Nachrede. Außerdem hatte die ganze Gesellschaft das bestimmte Gefühl, daß die Persönlichkeit des Grafen von Isenek niemals zu einer lächerlichen Rolle ausersehen werden könnte. Und an eine Frau, die diesen Namen trug, wagten sich die Bosheit und die Klatschsucht nicht heran.

Unter den jüngeren Herren, die sie besuchten, waren es namentlich der Legationsrat von Berwitz und der junge Fürst von Engernheim-Kypstein, die ihr besonders sympathisch waren: der Legationsrat, weil er alles wußte, was in der Berliner Gesellschaft vorging, und in geistvoller und nie gehässiger Weise darüber mit ihr plauderte, weil er ihr tausend kleine Aufmerksamkeiten erwies und bei jedem Anlaß in taktvoller Weise kundgab, daß er zu ihr eine mehr als oberflächliche Zuneigung gefaßt hatte; der Fürst zunächst gewiß nur, weil er Herr von Kypstein, Besitzer der altberühmten Antiquitätensammlung, Eigentümer der alten echten Lamoralspitze war.

Sie fuhr erschrocken zusammen, als ihr vor zwei Jahren — im Winter 1877 — auf einem Balle beim Baron von Heddersdorf Se. Durchlaucht Fürst Ulrich von Egernheim-Kypstein von ihrem Manne vorgestellt wurde. Sie war so betroffen und hatte ihre Ueberraschung so wenig zu meistern gewußt, daß sie sich zu einer Entschuldigung oder doch Erklärung ihres Benehmens genötigt sah. Sie sagte dem Fürsten einfach die Wahrheit: daß sie an einer tollen Schwärmerei für Spitzen kranke, die Nachbildung der berühmten Lamoralspitze besitze und nun natürlich sehr überrascht worden sei, unvorbereitet dem glücklichen Besitzer des Originals gegenüberzustehen.

Der Fürst setzte sich neben sie, und sie plauderten noch nicht eine Minute zusammen, so hatte er ihr auch schon aus eigenen Stücken die Erfüllung eines ihrer sehnsüchtigsten Wünsche zugesagt, den zu äußern sie niemals gewagt haben würde.

„Jawohl, die Lamoral"," sagte der Fürst mit trübem Lächeln. „Ich habe sie, wie so manches andere, was mein guter Papa mit seinem Verständnis und unermüdlichem Eifer zusammengehamstert hat — für seinen höchst unwürdigen Sohn, der von all den alten Scharteken nicht das geringste versteht und sich deswegen auch nicht das geringste aus ihnen macht! Wenn es Sie irgendwie interessieren könnte, Ihre Spitze mit dem Urbilde zu vergleichen, so würde es mir eine große Freude sein, sie Ihnen kommen zu lassen."

„Was? Sie wollen wirklich? ..." fragte Juliane mit leuchtenden Augen, und durch das Mattgelb ihrer Wangen brach ein rosiger Schimmer.

„Aber mit dem größten Vergnügen! Ich bin Ihnen wirklich dankbar, wenn Sie mich dazu ermächtigen. Dann erlange ich doch endlich einmal den Beweis, daß so eine Sammlung wenigstens zu etwas gut ist, und sogar zu etwas Besonderem: einer schönen jungen Frau einen kleinen Gefallen erweisen zu können. Morgen schreibe ich eine Zeile an den Kustos des Museums, und am Ende der Woche werde ich mir, mit Ihrer gütigen Genehmigung die Ehre geben, Ihnen die alte unverfälschte „Lamoral" zu Füßen zu legen."

„Sie sind zu artig, mein Fürst! Sie wissen gar nicht, wie sehr Sie mich erfreuen, Sie können es nicht wissen! Ich werde Ihnen Ihren kostbaren Besitz nicht lange entziehen — nur auf ein paar Tage."

„Aber ich bitte gehorsamst! So lange es Ihnen beliebt! Ich entbehre sie nicht. Ich habe sie mir noch nicht einmal ordentlich angesehen, ich weiß eben nur, daß sie da ist."

Juliane war entsetzt über diese ruchlose Offenheit. Wie geringschätzig der Fürst von diesem einzigen Kunstwerke sprechen konnte! Und gerade er mußte es besitzen.

Und trotzdem machte der Fürst doch einen sehr angenehmen Eindruck auf sie. Und dieser Eindruck wurde durch den Ruf, der ihm voranging: mit erstaunlichem Ernste in der Arbeit und ungewöhnlicher Arbeitskraft den leichtesten Sinn und die ausgesprochendste Vorliebe für Wein, Weib und Gesang zu verbinden, nicht beeinträchtigt, wesentlich jedoch dadurch verstärkt, daß er Wort hielt. In den Nachmittagsstunden des nächsten Freitag ließ sich Fürst Ulrich bei Gräfin Juliane melden und brachte ihr die wahre Lamoralspitze.

Juliane konnte vor Aufregung in der Nacht kein Auge zutun. Sie wurde beständig von der unüberwindlichen Angst gepeinigt, daß ihr die „Lamoral" gestohlen werden könne, und zu einer solchen Befürchtung lag doch nicht der geringste Anlaß vor: die echte „Lamoral" war neben der falschen wohlgeborgen in dem eisernen Schrank des Toilettenzimmers, das nur durch eine dünne Tapetentür von ihrem Schlafraum getrennt war, und vor diesem Schrank lag während der Nacht Nero, eine gewaltige verlorene Ulmer Dogge, die auf den Mann

nun sind auf dem Bahnhofe wieder keine Arbeiter zu finden, die das Holz umladen können. Die Passagiere legen nun selbst Hand an und nach Ablauf einer geraumen Zeit kann die Lokomotive vorgespannt werden. Es ist 1 Uhr nachts geworden, als der Zug sich endlich in Bewegung setzt und um 5 Uhr morgens an der Station, wo der Gewährsmann der lettischen Zeitung aussteigen muß, ankommt.

Es ist verständlich, wenn bei derartigen Zuständen die maßgebenden bolschewistischen Stellen einsahen, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müssen, um dem fortschreitenden Verfall Einhalt zu gebieten und es in Sowjetrußland nicht zum Schluß des Jahres 1920 zur völligen Stillegung des Verkehrs auf den russischen Eisenbahnen kommen sollte. Mit der ihm eigenen Energie hat sich Trotzki im Sommer des Transportwesens angenommen und es ist ihm gelungen, für einige Monate eine geringfügige Besserung zu erzielen. Die in diesen Monaten angespanntester Zwangsarbeit ausgeführten Reparaturen haben sich aber als oberflächlich erwiesen und schon im November begann sich die Verfallserscheinung wieder stärker zu zeigen, was auch von bolschewistischer Seite zugegeben wird. Der Beginn des neuen Jahres hat den Eisenbahnen eine außerordentliche Brennstoffkrise gebracht. Die Krise hat nach den letzten aus Sowjetrußland eingetroffenen Nachrichten zur Stillegung des Verkehrs auf zahlreichen Bahnen des Südens und Südostens geführt. Diese Bahnen waren im Laufe des Sommers nämlich auf Kohlenfeuerung umgestellt worden und leiden jetzt bei dem ständigen Rückgang der Kohlenförderung im Donezgebiet an einem völligen Kohlenmangel.

Die jüngste Geschichte des russischen Eisenbahnwesens zeigt eben wieder deutlich, daß die Bolschewisten wohl für kurze Zeit die Arbeiter durch schärfsten Terror zur Arbeit zwingen können, die geleistete Arbeit aber keinen nachhaltigen Wert hat. Eine Regierung, die sich nur aus Leuten zusammensetzt, die ihr ganzes Leben staatszersetzenden Theorien und der Verhetzung der Volksmassen gewidmet haben, sind zu schöpferischer Wiederaufbauarbeit unter keinen Umständen fähig.

Scherz und Ernst.

tk. **Drahtlose Musikübertragung.** In Verbindung mit den seit einigen Monaten auf Anordnung des Reichspostministeriums von der Hauptfunkstelle Königs-Wusterhausen mit Erfolg ausgeführten Funktelephonieversuchen ist vor kurzem ein Instrumentalkonzert drahtlos übermittelt worden. Eine 400 Kilometer entfernte Aufnahmestelle hebt hervor, das Konzert sei so deutlich hörbar gewesen, daß man sich an der Stelle des Ursprungs zu befinden glaubte. Außer von den Empfangsstellen im Reich ist das Konzert auch in Luxemburg, Holland, Ungarn und England mitgehört worden. Von allen, selbst von einer 1000 Kilometer entfernt liegenden englischen Funkstelle wird die Klarheit und die große Lautstärke der Uebermittelung hervorgehoben. Die Versuche haben gezeigt, daß sich bei sorgfältiger Ausnutzung der gewonnenen Erfahrungen die technischen Voraussetzungen für die praktische Verwertung einer drahtlosen Musikübertragung werden erfüllen lassen.

tk. **Ein teures Brot.** Stuttgarter Blätter enthalten folgende bezeichnende Anzeige: „Die zwei Damen aus Wiesbaden mit Kind (Hermann), die am 14. Januar 1921 vormittags mit dem D-Zug von Darmstadt nach Stuttgart und von da über Ulm—Neu-Ulm zu einer Hochzeit weiterfuhren und denen zwischen Mühlacker und Stuttgart von einem Mitreisenden zwei Pakete mit Broten gegeben wurden, werden dringend gebeten, ihre Adresse anzugeben, da in einem der Pakete an Stelle des Brotes irrtümlich 10 000 Mark enthalten waren. Belohnung wird demjenigen zugesichert, der unter obiger Nummer angibt, wohin die beiden Damen zu einer Hochzeit in der Nähe von Ulm—Neu-Ulm gereist sind."

tk. **Woher kommen die Nordwest- und Südwestwinde?** Diese Frage erscheint von großem Interesse. Da nämlich die Luftbewegung regelmäßig die Richtung von den Polen nach dem Aequator und umgekehrt einschlägt, so müßten wir eigentlich immer Süd- oder Nordwind haben. Nun wehen aber unsere Winde selten rein aus diesen Richtungen, sondern hauptsächlich aus Süd- oder Nordost. Die Erklärung ist die, daß die betreffenden Winde auf ihrem Wege nach dem Ziele eine Ablenkung durch die Rotation der Erde erfahren. Wenn Mutter Erde nicht die Gewohnheit hätte, sich um ihre Achse zu drehen, sondern hübsch still auf dem Platze bliebe, so behielten sowohl der obere wie der untere Passat unverändert die einmal genommene Richtung bei, anders infolge der Rotation. Die vom Aequator ausgehenden Luftströmungen bringen naturgemäß die schnellste Rotationsbewegung mit sich, kommen aber, je mehr sie sich den Polen nähern, in Gegenden von immer geringerer Rotationsgeschwindigkeit, und bei den von den Polen ausgehenden Strömungen ist es umgekehrt. So verändert sich im Weiterschreiten immer mehr die Richtung der betreffenden Luftströmung und erscheint, je nachdem sie vom Aequator oder von Norden ausgeht, als Südwest oder Nordwest oder als Nordost und Südost oder als reiner Ostwind. Außerdem spielt auch die jeweilige Beschaffenheit der Erdoberfläche, also der örtliche Charakter der Gegenden, die Anwesenheit von Ozeanen, Gebirgen usw. eine erhebliche Rolle, vor allem bei der Entstehung örtlicher oder periodischer Winde (z. B. des Föhn, der Bora, der Tag- und Nacht- und Land- und Seewende).

tk. **Wolkenkratzer in Deutschland.** Es ist in den Jahren vor dem Kriege viel über die Baumöglichkeiten von Turmhäusern, sog. Wolkenkratzern, geredet, geschrieben und debattiert worden, ohne daß an eine Ausführung der vielen auftauchenden Projekte gedacht werden konnte. Erst jetzt ist durch einen Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers die Verwirklichung der vielen Pläne in greifbare Nähe gerückt. Und in der Tat sollen nunmehr Wolkenkratzer in den großen Städten des Deutschen Reiches gebaut werden. Vom Hochhaus mit sieben Stockwerken wird man zu den bisher nur in Amerika üblichen Kolossalbauten bis zu 40 Stockwerken kommen. Für jeden einzelnen Fall muß jedoch eine besondere Erlaubnis zum Bau eingeholt werden; besonders deshalb, weil die deutschen Bausachverständigen bekundet haben, daß der Bau von Wolkenkratzern nicht überall in Deutschland wegen des Untergrundes vorgenommen werden dürfe, vielmehr nur an bestimmten festen Punkten. Die übrigen Bedenken, besonders städtebaulicher und ästhetischer Natur, müssen gegenüber den Vorteilen, die durch Wolkenkratzer in der Zeit der überhandnehmenden Wohnungsnot ermöglicht werden, zurücktreten. Hygienische Bedenken, insbesondere die erhöhte Feuersgefahr, sollen durch ganz besondere Schutzmaßnahmen zerstreut werden. In Berlin hat man zurzeit zwei Plätze an Verkehrsmittelpunkten gefunden, die mit Wolkenkratzern bebaut werden sollen. Die Kostenersparnis im Verhältnis zu anderen kleineren und daher nicht so rentablen Bauten ist dabei ausschlaggebend. Man spricht in unterrichteten Kreisen davon, daß bereits im Frühjahr dieses Jahres mit Wolkenkratzerbauten begonnen wird.

** **Erbitterter Wahlkampf.** In Pommern hat die Wahlbewegung zum Preußischen Landtag wenig erfreuliche Formen angenommen. Nach einer Wahlversammlung in Kolbatz wurde dem „Berl. Tagebl." zufolge ein Feldhüter, der an der Versammlung teilgenommen hatte, mit Fußtritten mißhandelt, worauf dieser aus einer Pistole fünf Schüsse abgab und einen Arbeiter tödlich traf. Der Getroffene ist seinen Verletzungen erlegen.

** **Eine bayerische Feuerwehrsteuer?** Vom bayerischen Städteverband ist den Gemeinden anheimgestellt worden, eine Feuerwehrsteuer einzuführen, wonach alle Männer, die nicht in der Feuerwehr sind, eine Abgabe von 3 bis 50 Mark zu zahlen haben.

** **Unbesonnenheiten in München.** Im Verlauf der Protestkundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse ist in München das Amtsschild des französischen Konsulats beschädigt worden. Die bayerische Regierung hat sofort ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Im Anschluß daran richten die Blätter die dringende Mahnung an alle Volksgenossen, keine derartigen Torheiten zu begehen, weil solche Unbesonnenheiten der Regierung nur Schwierigkeiten und unnütze Demütigungen bereiten.

** **Das Karnevalsverbot in München.** Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus München erfährt, hat die Polizei am Montag abend im Hotel „Bayerischer Hof" einen Rosenmontagsball von 250 Personen der ehemaligen Hofgesellschaft, darunter Prinzen und Prinzessinnen mediatisierter Häuser, aufgehoben. Die ganze feudale Gesellschaft mußte zu Fuß zum Verhör und zur Feststellung ihrer Personalien nach der benachbarten Polizeidirektion wandern, wo sie später entlassen wurde. Der Ball war zur selben Zeit, da in den größten Sälen Münchens Massenkundgebungen gegen das Pariser Versklavungsdiktat abgehalten wurden.

** **Verhängnisvolle Verwechselung.** Einen tragischen Ausgang nahm eine Hochzeit in Enderndorf (Bayern). Alter Sitte gemäß wurde nach Rückkehr von der Trauung der übliche Trank verabreicht. Die bei der Hochzeit tätige Aufwärterin hatte dabei eine Flasche Arseniklösung mit einer Flasche Wein verwechselt und reichte den Gifttrank dem Brautpaar und den Trauzeugen, die ahnungslos davon tranken. Die furchtbare Wirkung trat nach einigen Minuten ein. Während der Vater der Braut, der allseitig bekannte und beliebte Gastwirt Johann Selz in Enderndorf bereits gestorben ist, liegen der Vater des Bräutigams, die Brautjungfern und das junge Ehepaar selbst krank danieder. Eine Gerichtskommission hat sich zwecks Untersuchung an Ort und Stelle begeben.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

*) **Steinheim,** 10. Februar.

*— **Kandidatenliste** der christl.-sozialen Organisation des Arbeiter- und Mittelstandes für den Kreistag des Kreises Höxter. Weil dem Arbeiter- und Mittelstande bei der Aufstellung der Kandidaten nicht genügend Entgegenkommen von seiten der verschiedenen Parteien gezeigt ist, so sehen sie sich genötigt, eine eigene Liste aufzustellen. Dieselbe lautet:

1. Hermann Bause, Höxter, Gewerkschaftssekretär.
2. Johannes Ostermann, Rolfzen, Landwirt.
3. Josef Knipping, Amelunxen, Eisenbahner.
4. Johann Schiffels, Istrup, Kriegsbeschädigter.
5. Josef Schröder, Bödexen, Arbeiter.
6. Hermann Sternberg, Höxter, Arbeiter.
7. Friedrich Mönnikes, Bergheim, Tischler.
8. Heinrich Borgholte, Stahle, Maurer.
9. Bernhard Emskötter, Driburg, Maurer.
10. Franz Hördemann, Fürstenau, Landwirt.
11. Heinrich Kemper, Wehrden, Landwirt.
12. Wilhelm Thieleke, Oversen, Landwirt.
13. Josef Rohde, Rolfzen, Zimmermann.

*— **Lichtspiele.** Wie bereits bekannt, findet am nächsten Sonnabend und Sonntag die Aufführung des großen Prunkfilms „Cabiria", der Kampf um die Weltherrschaft statt. Er behandelt die historischen Umwälzungen des 3. Jahrhunderts vor Christi Geburt, verknüpft mit dem Roman von Gabriele D'Annuncio. Die Aufnahmen setzen sich aus allen Teilen der Welt zusammen. Große Bauwerke von Millionen von Werten sind speziell für diesen Film gebaut und große bekannte sehenswerte Bäulichkeiten des alten Rom, Venedig und Athen, sind in Anwendung gebracht worden. In den Fachzeitungen, wie in der gesamten deutschen Presse wird der Film als der größte, bedeutendste und lehrreichste hingestellt.

*— **Aus dem Kreise Höxter,** 8. Febr. Die Holzhäuser haben einmütig beschlossen, der Anregung des Amtmanns in Nieheim auf Entsendung von Delegierten zwecks Aufstellung einer Gegenliste gegen die Zentrumsliste nicht Folge zu geben. In Holzhausen hält man an der Zentrumsliste fest. Die Landwirte in Holzhausen sind sich darüber klar, daß ihre Interessen von Männern wie Röingh, der auf der Zentrumsliste steht und Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisvereins ist, voll und ganz vertreten werden können, wenn Herr Röingh auch in Beverungen wohnt.

*— **Ibbenbüren,** 8. Februar. Ein sonderbares Ferkel erblickte im Schweinestalle H. Ferbe in Ibbenbüren das Licht der Welt, wenn man die Dämmerung in einer matterhellten Schweinebehausung so nennen darf. Es war das Elftgeborene, denn 10 Geschwister waren vor ihm schon ins Dasein getreten. Das wäre nun nicht bemerkenswert, wenn dieser elfte Sprößling einer ganz normalen Schweinemutter nicht zwei Köpfe mit zwei ausgebildeten Schnäuzchen und zwei paar Augen gehabt hätte. Als jedoch das besondere Ferkel mit seinen vier Aeuglein seine zahlreiche Geschwisterschaft betrachtete — vielleicht erblickte es mit seinen zwei Paar Augen auch die doppelte Anzahl Brüder und Schwestern als wirklich vorhanden war — überkam es wohl eine geheime Angst, wie es mit zwei hungrigen Schnäuzchen satt werden sollte. Da legte es sich, nachdem es einige Stunden nur gelebt, auf das Stroh, schloß seine vier Aeuglein und starb vor Schmerz und Kummer.

*— **Hagen,** 9. Febr. Hier ist man großen Schiebungen auf die Spur gekommen. Es handelt sich um vier Waggon mit je 15 000 Tonnen Stabeisen, welche seit Herbst vor. Jrs. vermißt wurden. Man hat jetzt festgestellt, daß die Waggons hier nummeriert und dann nach Witten an einen Schmiedemeister verschickt worden sind. Zwei Rangierführer und ein Zugabfertiger, lange Zeit hier in Dienst, kamen in Haft.

Ortsgruppe der Zentrumspartei.
Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr
bei Gastwirt Johannes Schriegel:
Versammlung
Alle Mitglieder — Damen und Herren — werden gebeten, zu erscheinen.
Der Vorsitzende.

Verein ehemaliger Kriegsgefangener.
Am Freitag, den 11. Februar, Abends um 8 Uhr
im Lokale des Gastwirts Breker:
- Versammlung -
Tagesordnung:
1. Einziehen der Beiträge;
2. Verteilung der gespendeten Zigarren und Zigaretten;
3. Verschiedenes.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß ich heute meine **Sämereien** erhalten habe und der Verkauf derselben in den nächsten Tagen beginnen wird.

Meine Kundschaft hat die Gewähr, nur das Allerbeste zu erhalten, da ich nur von einem ersten Züchter beziehe und dieser mir für Sortenreinheit und vollkeimfähige Ware aus letztjähriger Ernte garantiert hat; ich kann daher meiner Kundschaft gegenüber die gleiche Garantie übernehmen.

Karl Schröder, Steinheim
Kunst-, Handels- und Landschafts-Gärtnerei.

100 Mark Belohnung!
Junger deutscher Schäferhund (Rüde), dunkles Oberhaar, kräftig gebaut mit Halsband und Ring, auf den Namen „Wolf" hörend, abhanden gekommen. Wiederbringer erhält obige Belohnung bei:
Wilhelm Wiedeking, Ottenhausen.

Margarine billiger!
Pfund 11.—, 11.50 und 13.00 Mark.
Schweineschmalz
Bestes nordamerikanisches.
Richard Büchter, Steinheim
— Fernsprecher Nr. 45 —

Einf. Schlipsnadel mit rot. durchsicht. Stein (Andenken) verloren. Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst.

dressiert und für jeden, der sich unbefugt dem Schranke nähern wollte, lebensgefährlich war.

Und dennoch fürchtete sich Juliane vor Dieben.

III.

Fürst Ulrich von Engernheim, Herr auf Biesingen und Kypstein, dessen Geburt seiner Mutter das Leben gekostet hatte, war 21 Jahre alt, als er im Hochsommer 1874 seinen Vater, den Fürsten Günther, verlor und dessen Erbschaft antrat. Fürst Günther war ein hoher schmalbrüstiger, schwächlicher Mann gewesen, im Verkehr mit Fremden verlegen und unbeholfen, ein Freund der Einsamkeit, beinahe menschenscheu. Er hatte immer in stiller Zurückgezogenheit von der Welt auf dem alten Schlosse Kypstein gelebt und kaum eine andere Freude gehabt, als die unausgesetzte, sich stündlich erneuernde, die ihm sein wohlgeratener Erbe bereitete, und die, die ihm die Instandhaltung, Vervollkommnung und streng wissenschaftliche Ordnung der von ihm selbstgeschaffenen Sammlung alter Kunstgegenstände gewährte. Er hatte schon in jungen Jahren zu sammeln angefangen, und während der Unterhandlungen über die Erwerbung eines kostbaren Kruges war er gestorben.

Fürst Ulrich trauerte tief und wahr um den dahingegangenen milden und stillen Mann. Er studierte damals in Bonn, war bei den „Preußen", und sein Ruf als einer der ausgezeichnetsten Korpsstudenten war im ganzen Kösener S. C. festbegründet. Er war ein vorzüglicher Schläger, ein Meister in allen anderen körperlichen Uebungen; er war unüberwindlich an der Kneiptafel, verlor nie die Direktion und bewährte in allen Streitfragen, die zwischen den verschiedenen Korps sich erhoben, die größte Schneidigkeit und vollkommenen Takt. Die übermütigsten Streiche wurden ihm nacherzählt, von denen freilich nur der geringere Teil wahr war; aber auch dieser genügte, um den Beinamen des „tollen Ulrich", der ihm in Heidelberg bei den Saxoborussen beigelegt, der ihm nach Bonn zu den Borussen gefolgt war, und der ihn auch später noch nach Berlin begleitete, vollkommen zu rechtfertigen.

Steinheimer Lichtspiele

im Hotel zur Krone

„CABIRIA“

„Der Kampf um die Weltherrschaft.“

Kolossal-Film in 7 Akten. Der Film wurde unter größtem Erfolge im Ufa-Palast in Berlin aufgeführt, sodaß das Theater stundenlang vorher belegt wurde, um einen Platz zu bekommen. Die Herstellung des Films kostete über 15 Millionen Mark. „Cabiria“ wird am Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. Februar gegeben. Die Preise sind wegen der enormen Unkosten erhöht worden.

Preise der Plätze:
Sperrsitz 7.50 Mark. 1. Platz 6.00 Mark. 2. Platz 4.00 Mark. 3. Platz 3.00 Mark.

Kriegsteilnehmer u. deren Angehörige!

Zwecks Besprechung zur Errichtung eines Ehrendenkmals in Steinheim werden alle Kriegsteilnehmer und Angehörige der gefallenen Krieger zu einer

Versammlung

am Sonnabend Abend um 8 Uhr
im Saale des Herrn Gastwirts Johannes Schriegel freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

Bekanntmachung!

Wer Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt im abgelaufenen Kalenderjahr länger als 2 Monate beschäftigt hat, wird hierdurch aufgefordert, bis zum 26. Februar d. Js. Namen, Stellung und Wohnung sowie das von ihm herrührende Einkommen dieser Personen dem unterzeichneten Finanzamt mitzuteilen. (Lohnliste)

Formulare hierzu sind bei dem unterzeichneten Finanzamte und bei den Stadt- und Gemeindevertretungen erhältlich.

Schriftliche Anforderungen wollen nur an das Finanzamt unter Angabe der Anzahl der Angestellten gerichtet werden.

Das Finanzamt in Höxter.

Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche,

spart Arbeit Seife u. Kohlen.

Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.– das Paket

Henkel & Cie., Düsseldorf.

Gesunde
- Runkeln -
20 — 25 Zentner abzugeben.
Rosentalstraße 177.

Für das Jahr 1921 sofort bestellen!

Kalk und Mergel

aus eigenen hessischen und westfälischen Werken.

Kalkvertrieb G. m. b. H., Fritzlar.

Turnverein Steinheim i. Westf.

Am Freitag, den 11. Februar 1921, Abends 8 Uhr:
Monats-Versammlung im Vereinslokal.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Der 1. Turnwart.

Sand, Cement, Kalk Gips, Schwemmsteine, Spalierlatten Isolierpappe
sowie sämtliche
Baumaterialien
stets auf Lager.
Heinrich Glasmeier
— Fernsprecher Nr. 104 —

---

1 fettes Schwein
bei gutem Preise zu kaufen gesucht. Von wem? sagt die Geschäftsstelle dss. Blattes.

Einige Silber-Kaninchen (Häsinnen) zu verkaufen. Von wem? sagt die Geschäftsstelle.

Düsterlohs Radolin
In Steinheim bei:
Hermann Eichler.

S. Emmerich Wwe., Steinheim.

Aussergewöhnlich, billiges Angebot

Baumwollwaren:

Ungebleichter Nessel, Meter 9.25, 11, 14 Mk.
Schürzen-Siamosen, 120 Zentimeter breit Meter 20.50, 22,, 25.50 Mk.
Schürzen-Nessel (schwere Qual.) 120 Ztm. breit Meter 27.50 und 29.50 Mk.
Handtuchstoffe (Gerstenkorn) Meter 12.50 Mk.
Hemdentuchen, gute Qualität, 14 Mk.
Renforce, 15 Mk.
Linon, feinfädig, 16.50 Mk.
Haustuch, prima Qualität, 17.75 Mark.

Verkauf nur gegen Baar!

Kleiderstoffe:

1 Posten Schotten für Kinderkleider, Met. 28.50 Mk.
Uni blau und schwarz Woll-Cheviot, 90 Zentm. breit Meter 46 Mark.
„ „ Woll-Cheviot, 100 Zentm. breit Meter 56 Mark.

Buxkins:

130 Zentimeter breit, prima Ware (geeignet für Kostümröcke) Meter 46 Mk.
140 Zentimeter breite Ia Buxkins Meter 58, 78 und 88 Mk.
140 Zentimeter breiten blauen Cheviot, schwere Ware für Mäntel und Kinderanzüge geeignet, Mtr. 85 Mk.

Reelle Bedienung!